

Radargeräte sind defekt Zu Ostern kaum Überwachung

LINZ. Die Autofahrer werden darüber nicht traurig sein, aber die Verkehrssicherheit dürfte weiter leiden: Im oberösterreichischen Gendarmeriebereich wird es zu Ostern kaum Radarüberwachung geben. Der Grund: Drei bis vier der sieben verfügbaren Radargeräte sind defekt,

und niemand zahlt die Reparatur. Die Länder, die früher dafür aufkamen, haben den Schwarzen Peter an den Bund weitergeschoben, weil die meisten Radarstrafen auf Bundesstraßen an den Bund fließen. Also soll der nach Ansicht der Länder auch zahlen. Die Linzer Polizei hat solche

Probleme nicht. Im Bereich der Landeshauptstadt werden die Schwerpunktkontrollen bereits am 13. April einsetzen und zehn Tage lang durchgezogen. Die Geschwindigkeitsmesser sollen an manchen Tagen bis Mitternacht eingesetzt bleiben. (Lesen Sie weiter auf Seite 5.)



Wir sind auf dem richtigen Weg!

Bandenchef behauptet: Raubopfer verbrannt

Seite 5

Milchkrieg auf dem Linzer Markt verschärft sich

Seite 7

Sekanina für sofortige Fußballreform
Sport-Nachrichten

Ein angeschlagener Sinowatz beharrt auf seiner Regierungspolitik

WIEN. Die erdrutschartigen Verluste der SP in ihren eigenen Hochburgen sind der schwerste Schlag, der Bundeskanzler Sinowatz seit der Übernahme der Regierung vor knapp elf Monaten traf. Nach dem gestrigen Ministerrat versuchte Sinowatz erst gar nicht, den Testcharakter

der Arbeiterkammerwahlen zu leugnen, sondern sprach gleich von der Politik der Koalition. „Es ist uns noch nicht gelungen, den Menschen zu sagen, daß diese Politik richtig ist. Es wäre verfehlt, jetzt einen Kurswechsel vorzunehmen“, erklärte Sinowatz.

Kurz bevor Sinowatz auf der Fortführung seiner bisherigen Politik, namentlich dem Belastungspaket, beharrte, war ÖAAB-Obmann Herbert Kohlmaier vor Journalisten in

hellen Jubel über die VP-Gewinne ausgebrochen. Hat doch die VP-Fraktion in den Arbeiterkammern nicht nur in den SP-Hochburgen überdurchschnittlich dazugewonnen, sondern auch einen zweiten Präsidentensessel der Arbeiterkammern, nämlich in Tirol. Darüber hinaus erreichte der ÖAAB erstmals bundesweit die Mehrheit im Wahlkörper der Angestellten, wo eine absolute Mehrheit sogar in die Nähe rückte.

Das war Grund für Kohlmaier, Sozialminister Dallinger als den größten Verlierer dieser Arbeiterkammerwahlen zu bezeichnen. Kohlmaier: „Dallinger hat in seiner Gruppe die Hosen verloren. Es ist eine klare Absage an Dallingers Politik mit Klassenkampf, Umverteilung statt Förderung der Arbeit, 35-Stunden-Woche und Leistungsfeindlichkeit.“

Im Bundesschnitt steigerte der ÖAAB seinen Stimmenanteil um mehr als fünf Prozentpunkte auf 36,7 Prozent. Die SP sank auf 58,4 Prozent ab. Den Freiheitlichen lief jeder dritte Wähler davon. Dafür schaffte die GE (Gewerkschaftliche Einheit) 0,8 Prozent. Wahlberechtigt waren zwei Millionen Personen, da-

von blieben rund 750.000 der Wahl fern. Doch nur 732.000 wählten die SP, die somit in den Arbeiterkammern kleiner ist als die imaginäre „Partei der Nichtwähler“. In Oberösterreich, Niederösterreich, Wien und der Steiermark verlor die SP stärker als im Bundesschnitt. In Vorarlberg und Kärnten gewann die FP geringfügig dazu.

LESEN SIE WEITER AUF SEITE 2

Genscher kommt Steger trösten



BONN/WIEN. Der deutsche Vizekanzler und Außenminister Genscher kommt morgen zu einem offiziellen Besuch nach Wien. Es wird ein Vertrag über Sicherheitspläne grenznaher Atomkraftwerke vorbereitet. Geplant ist aber auch ein längeres Gespräch zwischen Genscher und Vizekanzler Steger, die Erfahrungen als „liberale Parteichefs“, kleine Koalitionspartner und über daraus folgende Wahlniederlagen austauschen können.

Von REINHARD HAMPEL

Es schwimmt

Dieser Schlag war Bundeskanzler Sinowatz vom Gesicht abzulesen. Just in jener Kammer, die als eine Säule der Arbeiterbewegung gilt, hat die SP verloren. Das Ergebnis der Arbeiterkammerwahlen ist die dritte Wahlschlappe, welche die SP an sich, aber auch die rot-blaue Koalition erlitt. Doch schon vorher, bei den Landtagswahlen in Niederösterreich und in Salzburg, liefen der

FP die Wähler scharenweise davon und verlor die SP in ihren eigenen Hochburgen, den Industriebezirken, am stärksten.

Bei den Arbeiterkammerwahlen wiegt diese Niederlage gleich doppelt: Die Stimmen wanderten im Wahlkörper der Arbeiter hurtig zur VP, bei den Angestellten kam die VP sogar in die Nähe der absoluten Mehrheit.

Was tut der Bundeskanzler und SP-Vorsitzende in diesem Fall? Ist er zerknirscht, macht er sich Gedanken über den Denktzettel oder überlegt er, welche Trends hinter dem Meinungsumschwung stecken? Nein, er gibt sich fast beleidigt. Darüber, daß die Bevölkerung nicht verstanden hat, daß das, was sie ablehnt, ja das Beste für sie ist, wie er kundtut. Freilich kleidete es der Kanzler höflich in eine Selbstanklage: Wir haben nicht verstanden, es der Bevölkerung zu sagen, daß unsere Politik richtig ist, sagt er. Und er tröstet sich auch damit, daß er es ja immer schon gewußt hat — zu Beginn der Regierungstätigkeit wird der Koalition der Wind ins Gesicht blasen. Aber dann, im Jahr 1985, wenn der Aufschwung kommt, wird alles anders. Vizekanzler Steger (FP) sieht überhaupt nur eine Miesmacherei-Propaganda als Wahlsieger.

Ja, so einfach stellt es sich von jeder einen Seite her dar. Auf der anderen Seite, im Lager der VP.



Am Tod vorbei

Ausgerechnet auf einem Heldenfriedhof ging gestern der französische Verteidigungsminister Henru „nur knapp am Tod vorbei“. Der Bruder eines im Tschad gefallenen französischen Soldaten fuhr bei der Trauerfeier mit seinem Auto auf den Minister los. Ein Sicherheitsbeamter nahm den Rasenden unter Feuer (Bild) und brachte ihn damit vom Ziel ab. Das Auto rampte die Särge der aufgebahrten Gefallenen.

Telefoto: OON/AP

Der Punkt

Niederschmetternd

Wahlniederlagen können für ein Parteimitglied nicht annähernd so niederschmetternd sein wie die Erklärungen der betroffenen Politiker dafür.

hepo



Heiter beginnt der Mittwoch. Aber später gibt es neue Wolken und Regenschauer.

Frühtemperatur
0 bis 5 Grad

Tageshöchstwerte
9 bis 14 Grad

Alles beim alten

MOSKAU. In der Sowjetunion bleibt vorerst alles beim alten: In seiner Rede vor dem Plenum der KPdSU hat Parteichef Tschernenko zwar von Wirtschafts- und Verwaltungsreformen geredet. Aber beispielsweise an der überalterten Sowjetführung wird nicht gerüttelt. So dürfte der bald 80jährige Regierungschef Tichonow, der bezeichnenderweise zu den Stützen des 72jährigen Tschernenko zählt, weiterhin im Amt bleiben. Man hatte mit seiner Pensionierung gerechnet. Tichonow: Man dürfe Führungskader weder schnell auswech-

seln noch verknöchern lassen. Tschernenkos Ausführungen zur Wirtschaft signalisieren außerdem eine deutliche Distanz zum Kurs seines Vorgängers Andropow, der mit seinem Kampf um mehr Ordnung, Disziplin und Kompetenz die Partei- und Planwirtschaftsbürokraten verschreckt hatte. Der alte Tschernenko beruhigt sie wieder allesamt. Nur für die Schulreform, an der der Parteichef selber mitgearbeitet hat, gab Tschernenko Details bekannt: höhere Lehrgehälter und praxisbezogeneren Unterricht, auch „vormilitärisch“

Metaller reden

BONN. Die deutschen Metaller haben sich wieder aufs Reden verlegt: Der Bundesvorstand der Metallarbeitergewerkschaft beschloß gestern ein weiteres „Spitzengespräch“ mit den Arbeitgebern, das kommenden Dienstag stattfinden wird. Im bisher ergebnislosen Tarifkampf um die 35-Stunden-Woche war für gestern ein Beschluß der Gewerkschaftsführung zur Abhaltung von Streikurabstimmungen unter den 2,6 Millionen Metallarbeitern erwartet worden. Allerdings ist sich die Gewerkschaft nicht recht sicher, dabei eine Streikmehrheit zu

bekommen. Außerdem sagte IG-Metall-Chef Mayr, man wolle aus Verantwortungsbewußtsein nichts unversucht lassen, um die 35-Stunden-Woche friedlich einzuführen. Dagegen hat die deutsche Druckergewerkschaft in dieser Frage bereits eine Urabstimmung beschlossen. Die Bank- und Versicherungsangestellten wiederum verzichteten gestern auf die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung. Sie nahmen eine 3,4prozentige Lohnerhöhung und eine je nach Betriebszugehörigkeit gestaffelte Vorpension an.